# Nachrichten und Tageblatt

## für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags: eine illustrierte. — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1,20 M. Bei Abholung von der Geschäftsstelle vierteljährlich 2.50 M., monatlich 0,90 M. Durch die Post vierteljährlich 3,60 Mk., monatlich 1,30 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum hier 25 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder der Nichteinhaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 30 bezw. 80 Pfg. in Kraft

**Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend**

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 12 | Donnerstag, den 15. Januar 1920. | 38. Jahrgang.


### Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Auch die preußische Regierung nimmt in einem Aufruf von den aus Preußen scheidenden Staatsbürgern Abschied.

* Die deutsche Regierung hat eine scharfe Protestnote gegen den durch die „Ordonnanzen" für die besetzten Rheinlande begangenen Bruch des Friedensvertrages nach Paris gerichtet.

* Für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Minden ist durch Verordnung des Reichspräsidenten die Diktatur eingeführt worden. Als Militärbefehlshaber ist General v. Watter ernannt worden.

* Nach einer amtlichen Mitteilung ist die Ostseeblockade aufgehoben worden.

* England, Italien und Frankreich haben bereits ihre Geschäftsträger für Berlin ernannt.

* An alle neutralen und ehemals kriegführenden Staaten, mit Ausnahme der Mittelmächte, sind Einladungen zum Beitritt zu dem Völkerbunde ergangen.

* Clemenceau beabsichtigt eine Propagandareise für den Friedensvertrag und Völkerbund durch Amerika zu unternehmen.

## Die Januartagung.

Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Auf drei bis vier Tage, hieß es, werde die Nationalversammlung im Januar zusammenkommen, um das Betriebsrätegesetz, das eigentlich schon bis zur Weihnachtspause verabschiedet werden sollte, in zweiter und dritter Lesung zu erledigen. Inzwischen sind aber bereits einige kleinere Vorlagen hinzugekommen — was man heutzutage eben „kleinere" Vorlagen nennt, z. B. der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, an sich gewiß eine Sache, über die man nicht in dem jetzt vielfach beliebten Geschwindschritt hinwegeilen sollte. Aber Herr Erzberger ist auch wieder auf dem Plan erschienen mit der Mitteilung, daß seine beiden neuen Steuerentwürfe, die erst am letzten Sonnabend dem Reichsrat zugegangen sind, noch zwischen zweiter und dritter Lesung des Betriebsrätegesetzes in der Nationalversammlung zur ersten Besprechung gestellt werden müßten, weil sonst sein ganzes Steuerwerk nicht rechtzeitig zum 1. April fertiggestellt werden könnte. Vom 19. Januar an sei der Reichstagssaal für den Parteitag des Zentrums zur Verfügung gestellt, also müsse bis dahin alles aus und vorüber sein. Eine etwas sonderbar anmutende Begründung, ohne Frage, und im Reichsrat machte sich einigermaßen heftiger Widerspruch geltend gegen diese Art und Weise, ihn zu überstürzter Durchpeitschung ebenso wichtiger wie schwieriger Steuergesetzentwürfe zu zwingen. Aber einige Drohungen des Reichsfinanzministers genügten, um die Vertreter der Einzelstaaten wieder gefügig zu machen.

Indessen brauen sich doch auch außerhalb der Amtsstellen allerhand Gewitter zusammen, die den raschen Fortgang der Parlamentsarbeit vielleicht aufhalten könnten. Zunächst wird von der radikalen Arbeiterschaft Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um das Betriebsrätegesetz zum Scheitern zu bringen. Unabhängige und Kommunisten haben in den letzten Wochen gar tapfer gegeneinander das Kriegsbeil geschwungen, aber in der leidenschaftlichen Bekämpfung dieses Gesetzes sind sie sich völlig einig geblieben. Was sie wollen, sind revolutionäre Betriebsräte. Nur diesen dürfe die Kontrolle der Produktion anvertraut werden, weil weder der Staat noch die Unternehmer sich dazu fähig gezeigt hätten. Unsere Wirtschaft gerate immer mehr in Verfall, die Kapitalisten dächten nur noch daran, sich auf Kosten der Gesamtheit zu bereichern, und die Arbeiterschaft habe die ganze Unbill dieser Zustände allein zu tragen. Mit radikaler Entschlossenheit müsse sie sich dem herannahenden Verhängnis entziehen, und deshalb dürfe die Verewigung der jetzigen Mißwirtschaft durch das Betriebsrätegesetz unter keinen Umständen geduldet werden. So ungefähr wird argumentiert. Die Mehrheitssozialisten lehnen es natürlich ab, an diesem Strange mitzuziehen, fühlen sich aber sichtlich unwohl in der Rolle als Regierungspartei, und niemand kann wissen, wie weit sie etwaigen parlamentarischen Zwischenfällen gegenüber standhalten werden. An frischem Zündstoff für unvorhergesehene Knalleffekte fehlt es nicht. Hat sich doch die Reichsregierung soeben genötigt gesehen, über die von Verkehrsausständen betroffenen industriellen Bezirke des Westens den Ausnahmezustand zu verhängen, einen Militärbefehlshaber zu ernennen und damit wieder das „System Noske" gegen die Arbeiterschaft zur Anwendung zu bringen. Sie hat zwar von vornherein den Verdacht gehabt, daß bei dieser Eisenbahnerbewegung politische Drahtzieher ihre Hände im Spiele haben, und ist jetzt in dieser Überzeugung vollends bestärkt worden, da der Ausstand aufrechterhalten, ja immer weiter ausgedehnt wird, trotzdem die ursprünglichen Forderungen der Streiken inzwischen bewilligt worden sind. Aber in der Nationalversammlung werden sich schon wieder Anwälte finden, die die Vorgänge nach bekannten Mustern gegen die Regierung ausnutzen — wirken doch anscheinend verschiedene Kräfte zusammen, um gerade für die bevorstehende kurze Parlamentstagung einen regelrechten Sturm zu entfachen. Verschiedene kleine Anfragen der Frau Zietz sind schon zur Stelle. Es braucht nur noch einer Interpellation über die Ernährungsfrage, und das Programm ist fertig.

Jedenfalls: eine neue Kraftprobe für das bestehende Regiment. Hoffentlich nur auf parlamentarischem Boden. Sie auf der Straße auszufechten, dazu fehlt es den Vätern des Unfriedens jetzt doch wohl an allen notwendigen Vorbedingungen.

## Das Schlußprotokoll!

### Der Frieden und die nächsten Folgen.

Durch die Unterzeichnung am 10. Januar in Paris ist nun endlich nach 14 monatigem Waffenstillstand der Frieden zustandegekommen. Ein Frieden, der für Deutschland von den schwersten, vorläufig in ihrer ganzen Tragweite noch garnicht übersehbaren Folgen ist. Das Schlußprotokoll, das den Friedenszustand herbeiführte, lautet:

„Protokoll betreffend die Niederlegung der Ratifikationen über den Friedensvertrag, unterzeichnet am 28. Juni 1919 in Versailles zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Britischen Reich, Frankreich, Italien und Japan (den alliierten und assoziierten Hauptmächten), Belgien, Bolivien, Brasilien, Cuba, Ecuador, Griechenland, Guatemala, Haiti, Hedschas, Honduras, Liberia, Nicaragua, Panama, Peru, Polen, Portugal, Rumänien, dem Serbo-Kroatisch-Slowenischen Staat, Siam, dem Tschecho-Slowakischen Staat und Uruguay, welche mit den obigen Hauptmächten die Alliierten und Assoziierten Mächte bilden, einerseits und Deutschland andererseits, sowie über die folgenden Abkommen: das am gleichen Tage von eben denselben Mächten unterzeichnete Protokoll, das gleichzeitige Übereinkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Belgien, dem Britischen Reich, Frankreich und Deutschland über die Besetzung der rheinischen Gebiete.

In Ausführung der Schlußklauseln des am 28. Juni 1919 zu Versailles unterzeichneten Friedensvertrages sind die Unterzeichneten im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten in Paris zusammengetreten, um zum Vollzug der Ratifikationen zu schreiten und sie der Regierung der französischen Republik zuzustellen. Die Ratifikationsdokumente beziehungsweise die Notifizierung ihrer Zusendung durch die vier alliierten und assoziierten Hauptmächte, nämlich: Großbritannien für den Friedensvertrag, das Protokoll und das Übereinkommen, Frankreich für den Friedensvertrag, das Protokoll und das Übereinkommen, Italien für den Friedensvertrag und das Protokoll, Japan für den Friedensvertrag und das Protokoll (das Vertragsinstrument wird später überreicht werden) und durch die andern alliierten und assoziierten Mächte, Belgien für den Friedensvertrag und das Protokoll und das Übereinkommen, Bolivien für den Friedensvertrag und das Protokoll (das Vertragsinstrument wird später zugestellt werden), Brasilien für den Friedensvertrag und das Protokoll, Guatemala für den Friedensvertrag und das Protokoll, Panama für den Friedensvertrag und das Protokoll (das Vertragsinstrument wird später überreicht werden), Peru für den Friedensvertrag und das Protokoll, Polen für den Friedensvertrag und das Protokoll, Siam für den Friedensvertrag und das Protokoll, die Tschecho-Slowakei für den Friedensvertrag und das Protokoll, Uruguay für den Friedensvertrag und das Protokoll sowie Deutschland für den Friedensvertrag, das Protokoll und das Übereinkommen. Sie sind vorgelegt und, nachdem sie nach einer Prüfung für richtig und in Ordnung befunden worden sind, der französischen Republik anvertraut worden, um in ihren Archiven aufbewahrt zu bleiben."

Das Protokoll schließt mit den Worten: „Gemäß den Bestimmungen der vorerwähnten Schlußklauseln wird die französische Regierung den vertragschließenden Mächten von der Niederlegung der weiterhin von denjenigen Staaten vollzogenen Ratifikationsinstrumente Kenntnis geben, die Unterzeichner des erwähnten Vertrages, Protokolls und Übereinkommens, aber nicht in der Lage gewesen sind, bis heute diese Formalität auszuführen. Des zum Zeichen haben die Unterzeichneten das vorliegende Protokoll aufgesetzt und ihm ihre Siegel angelegt. Geschehen zu Paris, den 10. Januar 1920, um 4 Uhr 15 Minuten nachmittags (folgen die Unterschriften)."

### Rückkehr der Gefangenen.

Die unmittelbarste und freudigste Folge des Friedens ist die nunmehrige endgültige Rückkehr unserer Kriegsgefangenen aus Frankreich.

**Gleich nach Unterzeichnung machte der französische General Cassouin den deutschen Delegierten Mitteilungen über die Einzelheiten des Heimschaffungsplanes, der zur Ausführung gelangt, sobald die deutsche Regierung dem Friedensvertrag gemäß das erforderliche Material geliefert hat. Die Heimschaffung erfolgt auf sechs verschiedenen Linien: über Düsseldorf, Limburg, Mannheim, Offenburg, Basel und Konstanz. Anderseits sind die Heimschaffungen auf dem Seewege in Aussicht genommen, und zwar von Havre, St. Nazaire, La Rochelle, La Palice und Bordeaux aus.**

Die Heimbeförderung wird auf allen genannten Linien 24 Stunden nach der Ankunft des nötigen Materials beginnen, worüber den deutschen Delegierten Angaben zugehen. Die deutsche Delegation wird ihrerseits alle möglichen Anordnungen für eine möglichst rasche Abfahrt der Züge treffen. Man nimmt an, daß, sobald der Plan zur Durchführung gelangt, täglich sechs- oder siebentausend deutsche Kriegsgefangene nach Deutschland zurückbefördert werden können. Leider ist schon jetzt eine Verzögerung in der Heimschaffung durch die Eisenbahnerstreiks eingetreten, da die Wagen nicht herangeschafft werden konnten.

### Der erste Händedruck.

Gleich nach der Unterzeichnung der Ratifikationsurkunden drückten die sechsundzwanzig Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte Lersner und Simson die Hand, zum Zeichen, daß der offizielle diplomatische Verkehr wieder aufgenommen sei. Der amerikanische Botschafter nahm nur an der Unterzeichnung des Protokolls teil. Beim Austausch der Ratifikationsurkunden war er nicht anwesend. Herr v. Simson und ein Teil der Sachverständigen hat sich nach Berlin begeben. Freiherr v. Lersner will ebenfalls abreisen, um dem Berliner Kabinett Vortrag zu halten, er wird in acht Tagen in Paris zurückerwartet. Man nimmt an, daß die erste Sitzung des Völkerbundes um den 16. Januar stattfinden wird, ebenso die erste Sitzung der Wiedergutmachungskommission.

### Das Schicksal Wilhelms II.

Der bekannte Pariser Politiker Pertinax schreibt, Holland werde ersucht werden, Wilhelm II. auszuliefern. Zur gleichen Zeit werde Deutschland aufgefordert werden, die schuldigen Offiziere und Beamten auszuliefern. Das könne den Alliierten nur Gefühlsbefriedigung bringen, es trage aber nichts zu ihrer Sicherheit bei. Es erwecke gefährliche Illusionen und führe die Alliierten schnurstracks zu einem Konflikt mit Holland, wenn man sich nicht auf eine Aburteilung des Kaisers in contumaciam beschränke, deren Möglichkeit Clemenceau in Gemeinschaft mit dem Kabinett von London in Erwägung gezogen habe, und die nicht als besonders gute Lösung erscheine.

### Besetzung Nordschleswigs.

Der französische Kreuzer „Marseillaise" ist in Kopenhagen eingetroffen. Er wird die Mitglieder der interalliierten Kommission mit sich bringen. An Bord befinden sich ferner 600 Mann französischer Besatzungstruppen. Außerdem werden noch 600 Alpenjäger auf der Eisenbahn durch Deutschland nach Nordschleswig befördert werden. Wie die hiesigen Blätter melden, wird die Besetzung Nordschleswigs am 25. Januar erfolgen. Aus Dänemark werden sich 21 000 Nordschleswiger nach Nordschleswig begeben, um an der Abstimmung teilzunehmen.

*

### An die verlorenen Brüder!

Die preußische Staatsregierung wendet sich an die aus Preußen ausscheidenden Staatsbürger in folgendem Aufruf:

„Der dem deutschen Volke aufgezwungene Frieden von Versailles trifft Preußen ganz besonders schwer. Gebiete mit kerndeutscher Bevölkerung, die in jahrhundertelanger Zugehörigkeit zu Preußen seine Schicksale geteilt und an seinem ruhmvollen Aufstiege Anteil genommen haben, die es durch sorgsame Verwaltung unter Einsetzung der finanziellen Kräfte des gesamten Staates auf eine hohe Stufe wirtschaftlicher Blüte und menschlicher Kultur geführt hat, muß es preisgeben. Das Band staatlicher Zugehörigkeit wird nun gelöst, **das Band der Zusammengehörigkeit** der Geister und der Herzen kann keine Macht dieser Erde lösen. Was gemeinsame Arbeit der Kultur und des Wirtschaftslebens in Jahrhunderten geschaffen hat, ist durch keine äußere Gewalt zu zerstören. **Wir geloben Euch Treue,** haltet sie uns und pflanzt sie in die Herzen Eurer Kinder!"

Der Aufruf schließt mit den Worten: „Das Recht der Selbstbestimmung, das zur Unterlage des Friedens werden sollte, ist Euch versagt worden. Mit der Reichsregierung setzt auch die Preußische Regierung ihre Hoffnung darauf, daß dieses natürliche Grundrecht jedes freien Menschen sich mit der Zeit durchsetzen muß. In diesem Sinne gilt auch für Euch das Wort: Immer daran denken, niemals davon reden!"

## Lersner über die Ausführung des Vertrages.

### Katastrophale Folgen der Auslieferung.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Herr v. Lersner, hat den Vertretern von Havas-, Reuter und „Associated Presse" ein Interview gewährt, in welchem er auf die Fragen der Pressevertreter u. a. folgendes ausführte:

Die Inkraftsetzung des Friedens legt Deutschland die schwersten Opfer auf. Trotzdem ist die Wiederherstellung des Friedens erfreulich, denn Deutschland bekommt damit seine heiß ersehnten gefangenen Söhne zurück. Herr Clemenceau hat mir erklären lassen, daß die Gefangenenfrage mit keiner andern Frage verknüpft werde, und daß die Heimsendung noch heute befohlen werden wird. Deutschland wird in der Ausführung seiner vertraglich übernommenen Verpflichtungen bis an die Grenze des Möglichen gehen. Das wirtschaftliche Gedeihen Frankreichs ist zum großen Teil von der wirtschaftlichen Erstarkung Deutschlands abhängig.

**Ein rücksichtsloses Durchführen der Auslieferungsfrage wird die schwersten Bedenken für die Ruhe und Ordnung Europas im Gefolge haben. Die deutsche Regierung hat bereits auf die katastrophalen Folgen hingewiesen und Anregungen gegeben zur Lösung dieser Frage.**

Deutschland wollte sich verpflichten, alle von der Entente namhaft gemachten Beschuldigten in Deutschland vor dem obersten Gerichtshof unter Anklage zu stellen und Vertreter der Entente als öffentliche Ankläger mit weitgehenderen Kontrollrechten zuzulassen. Der deutsche Vorschlag geht weit über das hinaus, was seinerzeit Serbien unter dem Beifall der gesamten Entente Österreich gegenüber ablehnte. Ich kann mir nicht vorstellen, daß unsere früheren Gegner ein Interesse daran haben, die Wiederherstellung normaler Verhältnisse durch diese Frage zu erschweren.

## Organisation der Gefangenenheimkehr.

Alles bereit!

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß der Abtransport der deutschen Gefangenen aus Frankreich nunmehr sofort beginnen und mit möglichster Beschleunigung durchgeführt wird. Die französische Regierung beabsichtigt täglich 6000 bis 7000 Kriegsgefangene herauszugeben. Besprechungen über die Durchführung des Abtransportes haben in Paris unter Hinzuziehung deutscher Transportsachverständiger bereits begonnen. Für die Räumung der im französischen Hinterlande befindlichen Lager ist auch der Seeweg ins Auge gefaßt. Das Eisenbahnmaterial wird in jedem angeforderten Umfange von deutscher Seite gestellt. Die Wagen stehen bereit, und es ist längst Vorsorge getroffen, daß das Eisenbahnmaterial zu jeder Zeit sofort nach Anforderung seitens der französischen Behörden abrollen kann.

# Die Regierung gegen den Bahnstreik.

### Ausnahmezustand in Westdeutschland.

Die durch den wachsenden Eisenbahnerausstand im Westen geschaffene bedrohliche Lage haben die Reichs- und Staatsbehörden zu verschiedenen Maßnahmen veranlaßt. Ein von der Reichs- und der preußischen Staatsregierung gemeinsam erlassener Aufruf wendet sich an die Eisenbahner und sagt u. a.:

Die Eisenbahnen stehen in vielen Teilen des Vaterlandes still; manche Städte sind ohne Lebensmittelzüge, **ganze Provinzen ohne Heizung und Beleuchtung.** Was wir in dem unglücklichen Wien schaudernd miterleben, ein **Massensterben der Säuglinge und Greise,** kann auch bei uns ausbrechen, wenn kein Milchzug mehr in die Städte kommt. Und warum? Nicht weil die Eisenbahnarbeiter jetzt noch unter dem Zwang der Not einen wirtschaftlichen Kampf auszufechten haben. Der von ihnen verlangte Tarifvertrag soll mit Rückwirkung vom 1. Januar gelten; die **Tarifverhandlungen sind im besten Gange** und werden von beiden Parteien in voller Einmütigkeit geführt. In neun Direktionsbezirken sind die Stundenlöhne bereits um durchschnittlich 1 Mark erhöht; eine ähnliche Erhöhung steht für die übrigen Bezirke in Aussicht. Der Beamtenschaft ist eine **Teuerungszulage von 150 %** bereits zugesagt. Das heißt eine Mehrbelastung von mehreren Milliarden, eine Versechsfachung der Friedenstarife für Personen und Güter. Damit fällt jeder Grund für den wirtschaftlichen Kampf weg. Gewissenlose Elemente außerhalb der Organisationen schüren aber den politischen Kampf gegen das Volk auf Kosten des Volkes. **Sie wollen das Volk zermürben durch Hunger, Kälte und Tod.** Darf die endlich erreichte **Heimkehr unserer kriegsgefangenen Brüder,** die seit gestern abtransportiert werden, auch nur um eine Stunde verzögert werden, wollen sich die Angehörigen unserer Kriegsgefangenen solch frevelhaftes Spiel gefallen lassen? Nein! Die preußische und die Reichsregierung rufen dem ganzen Volke zu: **Laßt Euch diese tödliche Bedrohung nicht bieten!** Steht zur Regierung, die dieser gewissenlosen Erschütterung mit allen, auch den strengsten Maßnahmen entgegentreten wird . . . Die preußische und die Reichsregierung fordern die Eisenbahnarbeiter im Namen und im Interesse des gesamten Volkes dringend auf, ihren Dienst sofort wieder zu beginnen. Jeder weitere Streiktag zieht den Hungerriemen der gezwungenermaßen feiernden Arbeiter enger und beschwört außen- und innerpolitisches Elend herauf.

Der Aufruf kündigt sodann die Verhängung des Ausnahmezustandes für den Westen und die

### einstweilige Aufhebung der Verfassung

an. Auf Grund des § 48 der Verfassung setzt der Reichspräsident die Artikel 114, 115, 117, 118, 123 und 153 der Verfassung für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Minden außer Kraft.

**Es sind Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnung von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.**

Die vollziehende Gewalt geht auf den Reichswehrminister über, der sie auf einen Militärbefehlshaber übertragen kann. Der Reichswehrminister hat zum Militärbefehlshaber für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Minden General v. Watter ernannt. Als Regierungskommissar wird der Reichs- und Staatskommissar Severing fungieren. General Watter verfügt mit Zustimmung des Reichskabinetts:

Jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zur Stillegung zu bringen, wird verboten. Als lebenswichtige Betriebe gelten die öffentlichen Verkehrsmittel sowie alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle. Zuwiderhandlungen werden nach Maßgabe der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar 1920 bestraft. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Auf dem Bahnhof Hagenow-Lang hielt der Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahner eine Versammlung ab, die zu der Frage der Teuerungszulagen Stellung nahm. In einer Entschließung wurde die sofortige Erhöhung der Teuerungszulage um 300 % gefordert.

*

### Ausdehnung des Streiks in Schlesien.

Der oberschlesische Eisenbahnerstreik hat an Ausdehnung zugenommen, doch dürfte er von nicht allzulanger Dauer sein, da die Zentralleitung der Gewerkschaften die Unterstützung für den Streik in Oberschlesien abgelehnt hat und die Beamtenorganisation abgelehnt hat, sich am Streik zu beteiligen. Dagegen steht ein Sympathiestreik der Arbeiter und Angestellten der oberschlesischen Kleinbahnen in Aussicht. Die Bahnhöfe, auf denen gestreikt wird, sind zur Verhütung von Unruhen durch Reichswehr und Sicherheitspolizei besetzt worden.

### Im niederschlesischen Bergrevier

sind die Bergleute mit Lohnforderungen hervorgetreten, die eine Verdoppelung der jetzigen Lohnsätze bedeuten. Sie verlangen, rückwirkend ab 1. Januar, eine Lohnerhöhung von 100 %, sowie eine Beschaffungsbeihilfe von 1000 Mark und für jedes Kind von 200 Mark besonders. Auch die Erhöhung der Witwen- und Invalidenpension wird gefordert. Die Forderungen sollen bis spätestens 15. oder 20. d. Mts. durchgesetzt sein.

*

### Arbeitsaufnahme im Versicherungsgewerbe.

Der Zentralverband der Angestellten hat sich entschlossen, auf Grund der beiderseitigen Erklärungen den Streik abzusagen. Die sofort auf Grundlage des alten Tarifs einzuleitenden Tarifverhandlungen haben begonnen. In Berlin wurde die Arbeit am Montag aufgenommen, ebenso in anderen deutschen Städten; überall hatten sich die Arbeitswilligen stark vermehrt.

# Konzentrationslager für Ausländer.

Eine Warnung an Polen.

Halbamtlich wird geschrieben:

„Durch verschiedene Blätter ging kürzlich die Nachricht, die preußische Regierung plane die Errichtung von Konzentrationslagern für Ausländer. An zuständiger Stelle wird uns erklärt, daß diese Frage sich noch im Anfangsstadium der Erwägungen befindet, und daß es nicht zutreffend sei, daß diese Lager schon sehr bald und in irgend einer bestimmten Form geschaffen würden. Das Staatsministerium hat sich mit dieser Angelegenheit noch nicht befaßt, doch wird darauf hingewiesen, daß alle Maßnahmen, die das preußische Ministerium des Innern bisher in der Ausländerfrage getroffen hat, auch der viel diskutierte Erlaß des Ministers Heine, durchaus im vollsten Einvernehmen mit der Reichsregierung erfolgt sind. Wenn nun in der polnischen Presse eine große Erregung darüber inszeniert wird, daß im „freien sozialistischen Deutschland und Preußen" Ausländer in Konzentrationslager gesperrt werden sollen, so muß doch erklärt werden, daß gerade die polnische Regierung und die polnische Presse den geringsten Anlaß haben, sich über diesen Plan aufzuhalten, da wir aus rein menschlichen Gründen die zahlreichen unerwünschten Elemente, die aus dem Osten einwandern, nicht zwangsweise über die polnische Grenze zurückschieben können, weil sie dort wahrscheinlich totgeschlagen oder zwangsweise wieder an die deutsche Grenze befördert werden. Gerade die unmenschliche Politik Polens zwingt uns dazu, Leute in unserem Lande zu belassen, auch wenn sie uns unerwünscht sind. Diese Heuchelei der polnischen Presse sei hiermit festgestellt."

# Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 13. Januar.

### Der Ernst der Streiklage.

**Berlin. Das Reichskabinett und die preußischen Minister haben am Montag in einer vierstündigen gemeinsamen Sitzung die namentlich durch die Eisenbahnerstreiks geschaffene ernste Lage besprochen. Es ist außer Frage, daß allenthalben kommunistische und syndikalistische Elemente am Werke sind und besonders die Zentralstreikleitung in Elberfeld unter ihren Einfluß bekommen haben. Aber auch im übrigen Deutschland, in Berlin und im Osten nehmen die Eisenbahnerstreiks zu.**

### Störungen im Fernsprechverkehr.

**Berlin.** Durch Witterungseinflüsse sind in Fernsprechleitungen Störungen aufgetreten, die den Sprechverkehr nach dem Westen in Mitleidenschaft gezogen haben. Betroffen sind u. a. Frankfurt a. M., Köln, das Rheinland und Westfalen.

### Die Schweiz und der Völkerbund.

**Bern.** Die Note der schweizerischen Regierung an die Alliierten bezüglich der Völkerbundsfrage wird vor allem den schweizerischen Standpunkt der Anerkennung der Neutralität innerhalb des Völkerbundes mit Bestimmtheit vertreten und den Obersten Rat ersuchen, die seinerzeit durch den Präsidenten Poincaré und den Ministerpräsidenten Clemenceau dem Bundesrat Ador und durch den Obersten House im Namen Wilsons den beiden schweizerischen Delegierten Professor Rappert und Professor Huber mündlich abgegebene Zusicherung der Anerkennung der Neutralität nunmehr auch klar und bindend festzulegen.

### Deutschfeindliche Kundgebungen in Bukarest.

**Budapest.** „Az Est" meldet aus Bukarest, daß in einer der letzten Sitzungen der rumänischen Kammer wüste deutschfeindliche Szenen stattfanden. Der Abgeordnete Brandsch, einer der Vertreter der siebenbürgischen Deutschen, begann seine Rede in deutscher Sprache. Kaum hatte er die ersten Sätze gesprochen, so erhob sich ein wüster Lärm, in dem nur die Worte „Hinaus mit ihm!" verständlich waren. Der Kammerpräsident Jorga unterbrach darauf Brandsch und erklärte ihm, daß in der Kammer Groß-Rumäniens nur Rumänisch gesprochen werden dürfe.

### Wilsons Appell an die Wähler.

**Washington.** Präsident Wilson hat erklärt, daß er keinerlei Kompromiß in der Frage der Friedensratifikation zustimmen werde. Die „Newyork World" schließt daraus, daß Wilson seinen Entschluß ausführen werde, in der Frage des Friedensvertrages und des Völkerbundes an das amerikanische Volk zu appellieren. Damit ist die Parole für den kommenden Wahlkampf in den Vereinigten Staaten gegeben. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat Deutschland formell mitgeteilt, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland maßgebend sind.

# Politische Rundschau.

## Deutsches Reich.

✚ **Der parlamentarische Untersuchungsausschuß** der Nationalversammlung wird voraussichtlich im zweiten Drittel des Januar wieder öffentliche Sitzungen abhalten. Über die Fehde des Staatssekretärs a. D. Dr. Helfferich gegen den Strafbeschluß des Untersuchungsausschusses wird vom Ausschuß mitgeteilt: „Dr. Helfferich hat am 22. Dezember 1919 bei der Abteilung 92 des Amtsgerichts Berlin-Mitte den Antrag gestellt, sie solle die Zustellung des Strafbeschlusses als unzulässig nicht ausführen bezw. für nichtig erklären. Die Abteilung 92 hat den Schriftsatz mit dem Randbescheide abgelehnt, die Zustellung sei ausgeführt, sie lehne Maßnahmen der beantragten Richtung ab. Darauf hat er Beschwerde im Dienstaufsichtswege erhoben. Der Amtsgerichtspräsident hat abgelehnt, im Wege der Dienstaufsicht einzuschreiten und den Antragsteller unter Hinweis auf die §§ 1, 160 und 159 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes an das zuständige Oberlandesgericht verwiesen."

✚ **Neuordnung des Seezeichenwesens.** Die Betonnung und Befeuerung der deutschen Küsten und Gewässer sowie das ganze sonstige Seezeichenwesen waren bis jetzt Angelegenheit der Küstenbezirksämter der Reichsmarine. Alle seefahrenden Kreise waren gewohnt, diese für sie lebenswichtige Angelegenheit in zuverlässiger Obhut zu wissen. Die veränderten Verhältnisse haben dazu geführt, das gesamte Seezeichenwesen der Aufsicht der Küstenbezirksämter zu entziehen und es dem Reichsverkehrsministerium zu übertragen.

✚ **Amerika und die Reichsverfassung.** Staatsminister a. D. Prof. Preuß, der Schöpfer der neuen Reichsverfassung, sprach kürzlich vor den Mitgliedern des Berliner Handwerkervereins über das Verfassungswerk. In seinem Vortrag

# Der Habermeister.

Ein Volksbild aus den bairischen Bergen.
Von Hermann Schmid.

59. Fortsetzung. (Nachdr. verb.)

Der Binder, der schon bald seinen Siebziger auf den Buckel hat, hat sich dagegen gewehrt mit Händen und Füßen und hat gesagt, daß er nimmer recht fort könnt', daß er mit'm Lesen und Schreiben seiner Lebtag über's Kreuz gestanden ist — es hat alles nichts geholfen.

Der Herr Amtmann hat schon anfangen lassen wollen mit der Abstimmung .... da ist auf einmal die Stubentür auf'gangen und der Aichbauer ist herein'kommen. . . ."

„Der Blitzbursch!" sagte der Finkenzeller und vergaß den Krug, dessen Deckel er schon geöffnet hatte, zum Munde zu führen.

„Du weißt, was er sich für ein Ansehen geben kann", fuhr der Alte fort, „gerad' als wie einer von den Herrischen oder aus der Stadt, und so ist er herein und Brüß' Gott hat er gesagt, Grüß' Gott, Nachbarn alle miteinander, und seids nit harb auf mich, wenn ich erst jetzt komm' und wenn ich Euch jetzt auch noch aufhalten muß, aber ich hab' Euch was zu erzählen. „Erzählen"? hat der Gestreng-Herr gesagt und hat dazu ein Gesicht gemacht, wie ein Feld voller Teufel. Die guten Leut' sind jetzt beieinander wegen der Vorsteherwahl und nicht um Ihre Erzählungen anzuhören. Derlei fremdartige Dinge gehören nicht in die Amtshandlungen hinein. . . Der Sixt aber hat sich nicht irr' machen lassen und hat sich mitten in die Stuben gestellt und hat gesagt, die Geschicht', die er zu erzählen hätt', die gehörte auch zu der Gemeindewahl; Sie selber, Herr Baron, haben das letzte Mal gesagt, Sie wollten alles aufbieten, daß Sie uns bei der heutigen Zusammenkunft den Stammbaum von dem Kind sagen könnten, das bei meiner Bas' auf dem Oedhof gelegt worden ist, und wer das Kind dahin gebracht hat .... also muß die Sach' doch auch zu der Gemeindewahl gehören. Der gestrenge Herr hat's wohl noch einmal probiert, dagegen zu reden, und hat gesagt, das wären Familiensachen, die die Gemeinde nichts angeh'n .... aber die Bauern sind schon unruhig geworden und haben gesagt, sie wollten zuvor, eh' sie wählen, den Sixt anhören, und so hat er denn richtig zu erzählen angefangt."

„. . . . Aber was denn? Ruck nur einmal heraus mit der Farb'!"

„Was sonst, als daß er's jetzt heraus'bracht hätte, wer die Mutter ist von dem Kind und wer's auf den Oedhof vertragen hat .... „Es ist freilich eine harte Buß," hat er gesagt, „wenn man so was erzählen und sich selber in's Gesicht schlagen muß, aber wenn's darauf ankommt, daß man einen Unschuldigen helfen kann, der drunter leiden muß, dann muß man reden, dann wär' das Schweigen noch eine viel größere Schand' .... Darauf hat er erzählt, daß seine eigene Schwester, die Susi, ihm eingestanden hat, daß ein fremder Herr drinnen in der Stadt sie verführt hat, daß sie die Mutter ist von dem Kind und weil sie das Herz nit gehabt hat, sich dazu zu bekennen, und hat doch nit leben können ohne das Kind, hat sich die Franzi um sie angenommen, hat es heimlich aus der Stadt geholt und auf den Oedhof 'tragen . . ."

„Also hat sich die Mutter das eigene Kind als ein fremdes vor die Tür legen lassen!" rief der Finkenzeller verwundert. „Was man nit alles erlebt auf der Welt, wenn man alt wird! Und die Susi ist die Mutter davon .... Schau, schau, wie sich das alles zusammenreimt .... darum hat sie immer ausgeschaut, wie das böse Gewissen und wie die teure Zeit miteinander! Aber die Franzi, das ist auch ein richtiges und ein kreuzbraves Leut .... wie ihr das nur so eingefallen ist! Und was sie alles hat ausstehen müssen deswegen! Und sie hat's ausgestanden und hätt' nur den Mund aufmachen und nur ein einziges Wörtl' sagen dürfen! Ich könnt' gleich noch einmal juchezen vor Vergnügen, daß es doch noch ein solches Leut giebt auf der Welt, — aber eine solche Perl', die laß' ich nit aus; gleich morgen in aller Fruh spann' ich mein Schweizerwagl an und hol mir die Franzi und bring's meiner Bäuerin heim, und wenn ich das ganze Landl auf und ab fahren müßt' um sie . . . ."

„Ja, wenn man wüßt', wo sie wär," entgegnete der Grubhofer bedenklich, „da wär' einer, der wär' Dir schon zuvor 'kommen, denn der Aicher-Sixt hat keinen andern Gedanken, als wie er sie finden kann und kann das gut machen, was sie wegen seiner Schwester unschuldiger Weis' ausgestanden hat! Aber das ist eben das Kreuz, daß sie nirgends zu finden ist, und wenn sie nit bald gefunden wird, weiß ich nit, was aus der Geschicht' noch werden soll, — mir kommt's vor, als tät er sich's zu Gemüt ziehen und tät völlig vom Fleisch fallen."

„Wir wollen suchen helfen alle miteinander! Aber wie ist's mit dem gestrengen Herrn gewesen, mit dem Herrn Amtmann? Was hat der gesagt zu der Geschicht'?"

„Das kannst Dir denken!" rief der Grubhofer lachend. „Der hat alle Farben gespielt vor Aerger, doch was hat er machen wollen! Er hat gezahnt wie der Holzfuchs, dem die Trauben zu hoch gehängt sind . . . . aber er ist auf den Aichbauern zu'gangen und hat ihm auf die Achseln geklopft und hat gesagt: „Das ist schön von Ihnen, Herr Aicher, daß Sie alles so frei und offen selbst erzählen .... da sieht man, daß die alte Treue und Biederkeit doch in den Bergen wenigstens nicht ausgestorben ist. . . ."

„Und daß es nachher mit der Wahl kein Zureden mehr gebraucht hat, das kann ich mir einbilden!"

„Versteht sich; der Gemeindevorsteher ist fertig gewesen, eh' man eine Hand umgedreht hat, und wenn noch fünfzig Stimmzettel da gewesen wären, es wär' auf keinem was anderes gestanden, als der Aicher von Aich!"

(Fortsetzung folgt.)

waren von Interesse Mitteilungen über die versuchte Beeinflussung der neuen deutschen Reichsverfassung durch das amerikanische Hauptquartier. Als die ersten Einzelheiten über den neuen Verfassungsentwurf in die Öffentlichkeit gedrungen seien, habe das amerikanische Hauptquartier indirekt bei ihm anfragen lassen, warum die deutsche Reichsverfassung in einzelnen wesentlichen Punkten von der amerikanischen abweiche. Preuß habe darauf dem amerikanischen Hauptquartier auf dem Vermittlungswege sagen lassen, daß er auf die amerikanischen Anregungen nicht eingehen könne, weil er die amerikanische Verfassung in den erwähnten Punkten für schlecht halte. Bereits neun Monate später haben die Ereignisse seiner Auffassung recht gegeben. Wilson befinde sich in einem offenen Gegensatz zu den amerikanischen gesetzgebenden Körperschaften, der natürlich eine Folge der ungleichmäßigen Wahlzeiten der in Frage kommenden amerikanischen Körperschaften sei. Es sei doch bedenklich, daß das amerikanische Repräsentantenhaus kaum jemals einen bedeutenden Politiker erzeugt habe. Stets seien dort drüben die Mitglieder des Senats in den Vordergrund getreten. Das amerikanische Beutesystem der Parteien, die nach jeder Wahl die Beamtenstellen neu verteilten, habe er nicht mitmachen wollen.

✚ **Versammlungsverbot in München.** Der Münchener Polizeipräsident hat als Staatskommissar alle öffentlichen Versammlungen politischen Charakters verboten. Auch die bereits genehmigten Versammlungen dürfen nicht mehr stattfinden. Das Verbot ist mit Rücksicht darauf erfolgt, daß es in der letzten Zeit in den öffentlichen politischen Versammlungen sehr stürmisch zugegangen ist und die Gefahr besteht, daß Unruhen auf die Straße getragen werden können.

✚ **Bedrohung des Memelgaues.** Aus Königsberg wird gemeldet, daß reguläre litauische Truppen an der Grenze Aufstellung nehmen, die zumeist unter Führung englischer Offiziere stehen. Die Truppen verhalten sich in der Regel korrekt. Gegen einen etwaigen Handstreich von litauischer Seite sind entsprechende Maßnahmen getroffen. Nach einer Meldung aus Tilsit ist Polungen von 2500 lettischen Soldaten besetzt. Die Letten sind mit Artillerie und Maschinengewehren ausgerüstet. Sie brüsten sich offen damit, daß sie an einem litauischen Vormarsch gegen den Memelgau teilnehmen werden.

✚ **Gültigkeit der Landesgesetze im Rheinland.** Die Interalliierte Rheinlandkommission hat in einer Mitteilung an den Reichskommissar für die besetzten Gebiete die Anwendung folgender Landesgesetze und Verordnungen für das besetzte Gebiet genehmigt: 1. Verordnung betreffend Zusammensetzung der Kreistage und einige weitere Änderungen der Kreisordnung vom 18. September 1919. 2. Gesetz betreffend die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und aus den jüdischen Synagogen und Gemeinden vom 13. Dezember 1918. 3. Verordnung betreffend Anstellung und Entfernung von Amtern vom 8. September 1919. 4. Gesetz betreffend Aufhebung der Ortsschulinspektionen vom 18. Juli 1919. 5. Gesetz über das Branntweinmonopol vom 26. Juli 1918.

✚ **Zu Geschäftsträgern in Berlin** wurden ernannt: Seitens Englands Lord Tilmanrok; seitens Frankreichs Herr de Marcilly, früher Generalkonsul in Genua; seitens Italiens Graf Aldrovandi di Marescotti. Die Beglaubigungsschreiben sind bereits in Berlin eingegangen. Die deutschen Vertreter in den drei Ländern sind noch nicht ernannt; doch ist ihre Ernennung in Kürze zu erwarten.

## Aus In- und Ausland.

**Berlin.** Der Reichspräsident hat gegen die Unabhängige Nationale Korrespondenz und gegen die Ostpreußische Zeitung Strafantrag wegen der im Zusammenhang mit dem Fall Sklarz gegen ihn erhobenen beleidigenden Angriffe gestellt.

**Königsberg i. Pr.** Der Oberpräsident von Ostpreußen August Winnig hat sein Mandat zur Nationalversammlung niedergelegt. Er war in Pommern gewählt.

**Amsterdam.** „Telegraaf" meldet aus London, daß General Gourand, der auf dem Wege nach Damaskus von syrischen Freiwilligen gefangengenommen worden war, wieder freigelassen worden ist.

**Paris.** Im Departement Jura wurde im ersten Wahlgang der Minister des Äußern Pichon, im Departement Meuse wurde im zweiten Wahlgang Poincaré mit 742 von 790 Stimmen gewählt.

**Washington.** Das amerikanische Staatsdepartement gibt bekannt, daß die Nationalversammlung von Panama am 8. Januar einstimmig den Friedensvertrag mit Deutschland ratifiziert hat.

## Lokales und Provinzielles.

**Merkblatt für den 14. Januar.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Sonnenaufgang | $8^{08}$ | Mondaufgang | $1^{58}$ |
| Sonnenuntergang | $4^{10}$ | Monduntergang | $11^{25}$ |

1874 Philipp Reis, Erfinder des Telephons, gest. — 1890 Dichter Karl Gerok gest. — 1905 Physiker Ernst Abbe gest.

□ **Postpakete aus dem Auslande.** Über die Einfuhr- und Abgabenfreiheit der aus dem Ausland eingehenden Postpakete mit Lebensmitteln und persönlichen Bedarfsgegenständen wird folgendes mitgeteilt: Es ist zu unterscheiden zwischen Liebesgabenpaketen und sonstigen Lebensmittelpaketen. Die ersteren sind solche, die vom Ausland unmittelbar an bestimmte inländische Empfänger eingehen, nachweislich geschenkt, für den eigenen Bedarf des Empfängers bestimmt sind. Sie unterliegen keiner Einfuhrbewilligung und sind auch von jeder Zollabgabe befreit. Anders liegt die Sache bei den sonstigen Postpaketen mit Lebensmitteln, die zwar auch für den eigenen Bedarf des Empfängers bestimmt, von diesem aber bestellt sind und daher gegen Bezahlung geliefert werden. Diese Lebensmittelpakete können bis zum Gewicht von 5 Kilogramm nur dann ohne Einfuhrbewilligung eingeführt werden, wenn sie Butter, Fleisch und Fleischwaren, Speck, Mehl, Zucker, Ananas, Ingwer, Vanille überhaupt nicht, ferner Margarine, Schmalz, Gebäck, Teigwaren, Zuckerwerk nebst ähnlichen Waren, Kaffee, Tee, Erzeugnisse der Schokoladenindustrie nur bis zum Gewicht von je 1 Kilogramm, sowie Seife, Kerzen und Stärke bis zum Gesamtgewicht von $2^1/_2$ Kilogramm enthalten. Diese Bestimmungen ermöglichen es also jedem Privatmann, der im Ausland keine Freunde oder Anverwandte hat, zum eigenen Gebrauch von dortigen Geschäften 5-Kilogramm-Pakete mit Lebensmitteln auch gegen Bezahlung zu beziehen. Sie sind von der Entrichtung des Zolles nicht befreit, es sei aber bemerkt, daß Lebensmittel im eigentlichen Sinne fast allgemein zollfrei sind.

## Brotgetreide als Feuerungsmaterial!

**Weizen und Mais für argentinische Lokomotiven.**

Während Wien verhungert und ganz Mitteleuropa noch an den Folgen der unmenschlichen Blockade leidet, jetzt, da der Krieg längst zu Ende ist, heizen sie in Argentinien die Lokomotiven mit Weizen und Mais.

Wir würden nichts davon erfahren haben, wenn nicht ein Engländer, der aus Argentinien zurückkam, die Tatsache in der englischen Presse mitgeteilt hätte. Und was sagen die englischen Zeitungen dazu? Sie haben entdeckt, daß dieser unbequeme Landsmann „mit dem Kohlenhandel in Verbindung steht", und sie finden es allerdings begreiflich, daß „im Kohlenhandel Ersatzmittel für Kohlen mit scheelen Augen betrachtet werden". Ersatzmittel für Kohlen — Weizen und Mais. Auch eine Geschäftsauffassung.

An der Tatsache wird nicht gerüttelt. Sie ist wahr. Die Nachricht ist richtig. Die neue Ernte, erfahren wir, ist jetzt in Argentinien eingeheimst, und im November sind die Kornhändler darauf bedacht, ihre Speicher vom alten Korn zu leeren. Argentinischer Weizen hat sich aber auf den Kornböden in früher nicht geahnter Menge angehäuft — also! Freilich ist dieser große Vorrat an Getreide auf Maßnahmen der englischen Behörden zurückzuführen. Erst wurde auf Verlangen der englischen Regierung vielmehr Weizen als sonst in Argentinien angebaut, und dann, als er verfügbar war, erließ die englische Schiffahrts-Aufsichtsbehörde eines ihrer unbegreiflichen Einfuhrverbote; weswegen, weiß sie allein. Daß man in Argentinien gelegentlich Korn als Feuerungsmaterial benutzt, ist übrigens nichts Neues; auch in Mittelamerika ist dergleichen vorgekommen. Bei besonders guter Ernte ist dort der Weizen und der Mais außergewöhnlich billig. Er kostete zeitweilig im Innern nur 3 Pfund Sterling (nach Friedenskurs 60 Mark) für die Tonne, d. h. 20 Zentner! Kohlen aber kamen durch die Fracht ebenso teuer zu stehen, also verfeuerte man, wenn man das erwünschte Brennmaterial schnell haben wollte, einfach Getreide.

Ähnliches hat man übrigens in England gleichfalls begangen. Leinsamen gab es bei Kriegsausbruch in England so viel, daß die Tonne auf 12 Pfund Sterling fiel; jetzt kostet sie das Vierfache. Man verwendete ihn als Futtermittel, nahm das Leinöl als Schmieröl, zur Herstellung wasserdichter Stoffe, den Ölkuchen als Düngemittel, auch zu Feuerungszwecken usw. Die Landwirte waren dagegen, und ihre Fachblätter mißbilligten die Verschwendung durchaus, aber die englische Regierung brauchte drei Jahre, um den Verbrauch von Leinsamen zu anderen als Ernährungszwecken zu verbieten. Selbst Rizinusbohnen, die massenhaft eingeführt wurden, dienten als Düngemittel.

Unter den vielen Scheußlichkeiten, die dieser unselige Krieg mit sich gebracht hat, wird vielleicht diese eine Tatsache im Gedächtnis der Menscheit am besten den Geist der Zeit beleuchten: daß, während ganz Europa an den erlittenen Wunden daniederliegt, man drüben die Brotfrucht für gerade gut genug hält, die Lokomotiven zu speisen, und daß das seegewaltige England und Amerika mit ihren großen Handelsflotten kein Schiff übrig hat, um den Überschuß von dort nach den ausgehungerten Ländern zu bringen, mit denen es doch nun in Frieden leben will.

## Welt- und Volkswirtschaft.

### Der Stand der Mark.

Bei der nachstehenden Tabelle bedeutet Brief = angeboten und Geld = gesucht. Die Valuta steht jetzt für je 100 Gulden (G), 100 Kronen (Kr.) bezw. 100 Frank (Fr.):

| Börsenplätze | 12. 1. Geld | 12. 1. Brief | 10. 1. Geld | 10. 1. Brief | 9. 1. Geld | 9. 1. Brief |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Amsterdam G | 1926 | 1929 | 1918½ | 1921½ | 1928½ | 1926½ |
| Kopenhagen Kr. | 925¾ | 928¼ | 916¾ | 918¼ | 925¼ | 925¾ |
| Stockholm Kr. | 1034¼ | 1035¾ | 1071¾ | 1073¼ | 1079¼ | 1080¾ |
| Christiania Kr. | 1009¼ | 1010¾ | 1004¼ | 1005¾ | 1009¼ | 1010¾ |
| Bern Fr. | 906¾ | 908¼ | 901¾ | 903¼ | 904¼ | 905¾ |

Im Frieden kosteten im Durchschnitt 100 holländische Gulden 170 Mark, 100 dänische, schwedische bezw. norwegische Kronen 112 Mark und 100 Frank rund 80 Mark, von kleinen Kursschwankungen natürlich abgesehen.

✱ **Berliner Produktenbörse.** Amtlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 12. Januar: Hafer für 1000 Kilogramm loko 2640—2660 Mark ab Bahn, auf sofortige Abladung ab Station 2600—2630 Mark. Tendenz fest. Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 360—420 Mark, gelbe und grüne Erbsen 260—390 Mark, Bohnen, weiße inländische 380—420 Mark, Peluschken 170—180 Mark, Pferdebohnen 187—200 Mark, Wicken 125—150 Mark, Lupinen 60—67 Mark, Seradelle 112—124 Mark, Wiesenheu, lose, 40—43 Mark, Stroh, drahtgepreßt 22—23½ Mark, gebündelt 18—20 Mark, Runkelrüben 5¾—6½ Mark, je nach Abladestation, Kohlrüben, gelbe 6¼—6¾ Mark, weiße 5—5¼ Mark, Möhren, rote 9½—10 Mark.

## Aus dem Gerichtssaal

§ **Betrugsprozeß Lepa.** Vor der Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin sollte am 12. Januar der Prozeß gegen die Frau Geheimrat Lepa, die sich wegen Betruges und Urkundenfälschung zu verantworfen hat, und deren „Fall" ein Seitenstück zu dem „berühmten" Fall Kupfer bilden soll, beginnen. Die Angeklagte, die sich in einem Sanatorium befindet, war jedoch nicht erschienen, und ihr Verteidiger entschuldigte ihr Ausbleiben mit ihrem Gesundheitszustand. Sie leide an einer Schwächung der Herzmuskeln und sei durch den dieser Tage erfolgten Tod ihrer Mutter hochgradig erregt. Ein Arzt bestätigte diese Angaben. Der Staatsanwalt meinte jedoch, daß die Angeklagte diese Schwächung ihres Gesundheitszustandes durch Alkohol- und Kokaingenuß selbst herbeigeführt habe. Das Gericht beschloß, Frau Lepa im Sanatorium durch zwei Gerichtsärzte auf ihre Verhandlungsfähigkeit untersuchen zu lassen und vertagte die Verhandlung.

§ **Der große Bochumer Mehlschieberprozeß** wurde nach neunwöchiger Verhandlung beendigt. Der Hauptangeklagte Winkelmann wurde zu 4½ Jahren Zuchthaus, 50 000 Mark Geldstrafe, Einziehung von 15 802 Mark Wuchergewinn verurteilt: weiter wurden verurteilt: Sieben Angeklagte zu Zuchthausstrafen von 3½ Jahren bis 1 Jahr 1 Monat, Geldstrafen von 20 000 bis 5000 Mark nebst Gewinneinziehungen, fünf Angeklagte zu Gefängnisstrafen von 2¾ bis 1½ Jahren, acht Angeklagte zu Gefängnisstrafen von 10 bis 1 Monat nebst Geldstrafen und Gewinneinziehung. Unter den Verurteilten sind zehn Frauen. Die Urteilsbegründung hob das schamlose Treiben der Hauptangeklagten hervor, die die allgemeine Lebensmittelversorgung auf das schwerste gefährdeten und ihren Gewinn bei Prassereien, auf Rennplätzen und im Umgang mit lockeren Weibern vergeudeten.

## Nah und Fern.

o **Gefälschte Reichsbanknoten.** Seit kurzem sind Fälschungen der rosafarbigen Reichsbanknoten zu 50 Mark mit dem Datum 21. 4. 1910 aufgetaucht. Die Nachbildungen sind hauptsächlich daran zu erkennen, daß die Riffelung des Papiers fehlt. Die Faserstreifen, die den Nachbildungen fehlen, sind durch eine gelbliche Tönung des Papiers oberflächlich nachgeahmt. Das Papier ist sehr unregelmäßig beschnitten. Die Nummern bestehen aus verschiedenen großen und kleinen Typen mit abweichendem Schriftcharakter, und zwar sind die letzten drei Ziffern etwas kleiner als die anderen.

o **Betrugsversuch gegen die Generalkriegskasse.** Ein großer Betrugsversuch gegen die Generalkriegskasse in Berlin wurde durch die Kriminalpolizei aufgedeckt. Ein früherer Angestellter der Kasse, der Gerichtssekretär Kurt Fahlisch, Reserveoffizier und zuletzt Kompagnieführer bei der Einwohnerwehr in Charlottenburg, der stark verschuldet war, wollte mit Hilfe einer gefälschten Intendanturanweisung bei der Bank 120 000 Mark abheben. Die versuchte Abhebung des Geldes wurde dadurch ermöglicht, daß der Zweigstelle durch eine Fälschung von der Generalkriegskasse 280 000 Mk. zur Auszahlung überwiesen worden waren. Der Kassierer, der Verdacht geschöpft hatte, verweigerte jedoch die Auszahlung des Geldes. Fahlisch und seine Helfershelfer wurden verhaftet.

o **Verhaftung eines an der Ermordung Rosa Luxemburgs Beteiligten.** Sicherheitsbeamte verhafteten in Berlin den 24 Jahre alten Leutnant a. D. Theodor Fries, der seit längerer Zeit wegen Unterschlagungen gesucht wurde und ferner unter dem Verdachte steht, an der Tötung Rosa Luxemburgs beteiligt gewesen zu sein. Auf der Wache versuchte er sich die Pulsader zu durchschneiden und verletzte sich nicht unerheblich.

o **Grobe Geschmacklosigkeit.** In einem Stendaler Blatt bietet ein „geschäftstüchtiger" Händler den „Hosenträger Liebknecht" zum Kauf an. Fehlt nur noch das „Korsett Rosa Luxemburg".

o **Wieder einmal ungetreue Eisenbahnbeamte.** In Altona wurden zwei Eisenbahnoberassistenten verhaftet, die drei von der Kriegsgesellschaft für die dortige Firma A. L. Mohr abgesandte Waggons Metall durch Fälschung der Frachtbriefe verschoben hatten.

o **Riesenschmuggel mit Kokain.** In einem Warschauer Hotel fand ein Kriminalbeamter im Reisekoffer eines Berliner Handlungsreisenden unter einer dünnen Schicht Wäsche gewaltige Mengen Kokain, deren Wert über drei Millionen Mark betrug. Bei der Vernehmung erklärte der Reisende, von einer deutschen Firma zwecks Einkaufs von Rohstoffen in Rußland drei Millionen Mark erhalten und auf eigene Faust für diesen Betrag Kokain aus Deutschland mitgenommen zu haben, das bereits jenseits der polnischen Grenze den doppelten Wert repräsentierte. Das Kokain wurde beschlagnahmt; der Handlungsreisende wurde angewiesen, den polnischen Staat innerhalb 48 Stunden zu verlassen.

o **Die Internationale der Schieber.** Neun schweizerische Kuriere wurden in Stockholm wegen Schmuggels unter Anklage gestellt. Sie führten in ihrem Kuriergepäck unter anderem Rubel und Teppiche aus Rußland mit und machten damit in Schweden Geschäfte.

o **Eine interessante Schadenersatzklage.** Durch den jüngst beendigten Buchdruckerstreik in Königsberg i. Pr., der das Nichterscheinen der dortigen bürgerlichen Zeitungen zur Folge hatte, wurden die ständigen Mitarbeiter dieser Zeitungen erheblich betroffen, so daß sie einen fühlbaren Ausfall an Honorar erlitten. Diese Schriftsteller haben nun gegen die am Streik beteiligten Buchdruckergehilfen gerichtlich Schadenersatzansprüche geltend gemacht. Der grundsätzlichen Bedeutung wegen will man den Prozeß in allen Instanzen durchführen.

o **Franzosenherrschaft.** Vor einigen Wochen wurde in Neustadt a. d. Hardt ein französischer Offizier von einem Unbekannten vor die Brust gestoßen. Da es nicht gelang, den Täter zu ermitteln, sollte die Stadt eine Buße von 10 000 Mark zahlen. Nun wird bekanntgegeben, daß Marschall Foch in Anbetracht der korrekten Haltung der deutschen Behörden in dieser Sache die der Stadt auferlegte Strafe auf 5000 Mark ermäßigt habe.

o **Millionendiebstähle auf einem Berliner Bahnhof.** Große Seidendiebstähle auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin sind von der Kriminalpolizei aufgedeckt worden. Es handelt sich um eine Seidenladung im Werte von 3 Millionen Mark. Der Dieb, ein Platzaufseher namens Michel, bei dem man 156 000 Mark fand, wurde verhaftet. Mit ihm wurden zwei Mitschuldige, ein Packer und ein Güterbodenarbeiter, festgenommen.

o **Das Haus „Zur Lindenwirtin".** Aus Godesberg wird gemeldet: Der Männergesangverein „Cäcilia" hat die 175 Jahre alte bekannte Studentenkneipe „Zur Lindenwirtin" für 250 000 Mark angekauft, um sie zum Vereinsheim umzugestalten. Der Gasthof ist durch seine Besitzerin, die durch Rudolf Baumbachs Gedicht „Keinen Tropfen im Becher mehr" berühmt gewordene „Lindenwirtin" Annchen Schumacher bekannt.

o **Studentenstreik.** Wo alles streikt, können die Studenten allein nicht arbeiten. So ist denn in Halle a. S. die gesamte Studentenschaft in den Streik getreten, weil ohne vorherige Ankündigung eine Erhöhung der Kolleggelder um 65 % vorgenommen wurde. Um die Bewegung in ruhigen Bahnen zu erhalten, hat sich der allgemeine Studentenausschuß an die Spitze des Streiks gestellt.

o **Von Straßenräubern erschossen.** Der praktische Arzt Dr. med. Frantz aus Genthin wurde auf der Rückfahrt von einem Patientenbesuch auf der Landstraße von Wegelagerern überfallen, vom Rade gerissen und nach heftiger Gegenwehr erschossen. Nachts fand man die Leiche im Walde, und an einer andern Stelle das Fahrrad. Einige Verhaftungen sind bereits erfolgt, doch ist die Täterschaft noch nicht aufgeklärt.

o **Franz Ferdinand als Defraudant?** Im österreichischen Finanzausschuß wurde von der Regierung mitgeteilt, daß der ermordete Erzherzog Franz Ferdinand in widerrechtlicher Weise sehr bedeutende Summen dem Wiener Stadterweiterungsfonds entnommen habe, um Antiquitäten und Kunstwerke für seine Sammlungen in den Schlössern zu kaufen.

o **Die Erdbebenkatastrophe in Mexiko.** Bei dem Erdbeben in Mexiko sind sieben Städte vollkommen vom Erdboden verschwunden. An der Stelle, wo sie standen, hat sich ein großer See gebildet. Die Öffnung eines neuen Kraters im Vulkan von Orizaba hat in Veracruz eine große Panik hervorgerufen. Die bisher eingetroffenen Meldungen sprechen von zwei- bis viertausend Opfern des Erdbebens.

## Bunte Tages-Chronik.

**Berlin.** Zweihundert Mann der Besatzung des Kreuzers „Dresden" und des Hilfskreuzers „Seeadler", die in Chile interniert waren, sind hier eingetroffen und werden von hier aus die Weiterreise in ihre Heimatsorte antreten.

**Berlin.** Eine Briefmarkensammlung im Werte von 70 000 Mark wurde hier einem Hofkurier aus einem Abteil eines Vorortzuges gestohlen. Einzelne Marken haben einen Wert von 5000 Mark.

**Frankfurt a. M.** Für die zweite internationale Messe, die vom 2. bis 11. Mai stattfindet, sind aus dem Auslande bereits viele Voranmeldungen eingegangen.

**Würzburg.** Ein Güterzug stieß hier mit dem Berlin—Stuttgarter Schnellzug zusammen. Fünf Personen wurden verletzt, vier Wagen wurden stark beschädigt.

# Bekanntmachungen.

1. **Kartoffelversorgung.**

Auf vielseitige Vorstellung wird zugelassen, daß in dieser Woche die Kartoffelkartenabschnitte bis einschließlich 1. Februar (also Nr. 8) eingelöst werden können.

2. **Umsatzsteuer.**

An die Abholung der Anmeldevordrucke in der Gemeindekasse wird erinnert.

Warmbrunn, den 14. Januar 1920.

**Der Gemeindevorstand.**
**Neugebauer.**

---

**Kriegsanleihe** in jeder Höhe kauft gegen bar **Hans Hinderer,** **Breslau V.** Schweidnitzer Stadtgraben 16. Telephon 6399.

---

**Herausgeber A. Damaschke.**

Illustrierte Tageszeitung, seit 29 Jahren bestehend vertritt alle auf eine Neugestaltung deutscher Kultur hinzielenden Reformbestrebungen (Organ des Hauptausschusses für Kriegerheimstätten), enthält wertvolle Leitaufsätze führender Männer aller Parteien über Zeit- und Lebensfragen berichtet schnell und sachlich über alle wissenswerten Vorkommnisse und liefert ihren Lesern außer einer **tägl. Unterhaltungsbeilage** noch **6** Beilagen.

**Ratgeber für Kapitalisten, Land- und Hauswirtschaft, Gesundheitswarte, Rechtswarte, Frauenzeitung** und **Jugendwarte.**

Der Bezugspreis beträgt monatlich nur **1,50** Pfennig (Bestellgeld 35 Pfennig.)

**Probenummern kostenfr. d. den Verlag Berlin NW. 6.**

---

---

Für Wiederverkäufer und Gastwirte
empfehle ich

**Teegläser**

**mit vernickeltem Halter, Stück 3,— Mark.**

**Tropfenfänger „Ideal"**

für alle Kannen passend, mit und ohne Deckelhalter, sorgt für Sauberkeit der Tischwäsche.
**Stück Mark —,60, —,70, —,90 u. 1,25.**
Preise ausschließlich Verpackung und Porto.

**Rudolph Preuss, Görlitz.**

---

Schreiben Sie an die

**Durfmusikke**

**Brien, Bez. Breslau.**

um Probenummer.

Einzige schlesische Dialekt-Zeitschrift.
7. Jahrgang. Vierteljährlich Mk. 1,50.

---

**Visitenkarten** liefert schnell und billig Buchdr. P. Fleischer

---

**Turn-Verein Warmbrunn.**

**Mittwoch, d. 21. Jan., abends 8½ Uhr im „Weißen Adler"**

**Haupt-versammlung.**

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Vorstandswahlen.
3. Erhöhung der Beiträge.
4. Turnplatzangelegenheit.
5. Verschiedenes.

**Der Vorstand.**

---

**Gaspreise.**

Entsprechend der Verteuerung der Erzeugungskosten wird mit Genehmigung der Stadt- resp. Gemeindeverwaltungen **der Gaspreis für das 1. Vierteljahr 1920 auf 61 Pfg. je cbm. erhöht.**

Für das aus Automaten-Gasmessern entnommene Gas wird ein Aufschlag von 3 Pfg. je cbm. erhoben.

**Die Verwaltung d. Gaswerke Hirschberg, Warmbrunn, Schmiedeberg.**

---

Neuer

**Ueberzieher**

**zu verkaufen.**

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

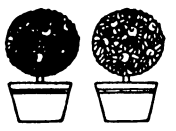
---

Frau sucht zum 1. Febr.

**Nachmittags-Beschäftigung.**

bei bescheidenen Ansprüchen.
Angebote unter „W" an die Geschäftsstelle d. Ztg.

---

**A. Weyler**  **Bildhauer**

**Werkstätten für mod. Friedhofskunst**

Schmiedebergerstr. 9 — Hirschberg-Schl. — Fernsprecher Nr. 479

**Denkmäler**

aller Art und in jedem Material in einfacher Form bis zur vollendet künstlerischen Ausgestaltung für Reihen-, Urnen- und Familiengräber, für Gedächtnishaine, Kriegerehrungen usw.

Beratung, Zeichnungen, Kostenanschläge bereitwilligst Eig. Granitbruchbetrieb.

---

Gut

**Möbl. Zimmer**

**event. mit Mittagstisch** ab 1. 2. oder früher zu vergeben.

**Ziethenstraße 13,** Gartenhaus parterre.

---

Als

**Schneiderin**

**in und außer dem Hause**
**empfiehlt sich**

**H. Leder,**
Voigtsdorferstraße 61.

---

**Kaufe**

**Messing, Kupfer, Silber, Gold, Platin, Silber- u. Goldmünzen**
zu höchsten Preisen.

**Albert Wiesner, Goldschmied,**
Warmbrunn :: Schloßplatz 3

---

**Stempel**

**Gummi-, Metall- und Faksimile-Stempel**

**für Behörden, Kaufleute u. Private**
**besorgt schnellstens zu Katalogpreisen**

**P. Fleischer's**
Buchdruckerei, Warmbrunn.

**Invalidenmarkenstempel, Stempelkissen und Stempelfarbe vorrätig.**

---

muss Ihr Geschäft, wenn Sie nicht

**ständig inserieren.**

---

**Nord-Schleswiger!**

**Eure Heimat ist in Gefahr!**
**Eure Landsleute rechnen auf Euch!**
**Kommt alle zur Abstimmung!**

**Die Abstimmung darüber, ob deutsches Land dänisch werden soll oder ob es „up ewig ungedeelt" deutsch bleibt, steht nahe bevor**

Jeder, der vor 1900 in den Gebieten der 1. und 2. Zone geboren ist und das 20. Lebensjahr vollendet hat, ist in seinem Geburtsort abstimmungsberechtigt. Wer im Ungewissen ist, ob sein Geburtsort in die Abstimmungszonen fällt, melde sich schleunigst!

**Nord-Schleswiger! Steht treu zu Eurer Heimat!**

Ihr habt freie Reise zu Eurem Geburtsort, nötigenfalls auch freie Unterkunft und Verpflegung daselbst. Darum meldet Euch **sofort** mit Euren Papieren zur Aufnahme in die Abstimmungsliste entweder beim Ausschuß für ein ungeteiltes Schleswig-Holstein, **Kiel, Muhlinsstraße 59,** oder beim Deutschen Ausschuß für das Herzogtum Schleswig in **Flensburg, Norderhofenden 20.**

---

wenn Sie eingehend über alle Vorgänge in Politik und Wirtschaft unterrichtet sein wollen und auf gute Unterhaltung Wert legen, die

**Berliner Abendpost.**

Täglich erscheinend. Mit den Beilagen Zeitbilder, Deutsches Heim, Kinderheim (alle drei reich illustriert) und Gerichtssaal nur

**1.60 Mk. monatlich.**

Bestellungen bei der Post und den Briefträgern. Probenummern vom Verlag: Berlin SW 68

---

**Der neue Taschen-Winterfahrplan**

**vorrätig. 20 Pfennig.**

**Nachrichten und Tageblatt.**

---

**Zahn-Atelier**

**Erich Franz,**

**Hirschberg, Contessastraße Nr. 6.**

Sprechstunden:
9—12 und 2—5 Uhr, Sonntags 10—11 Uhr.
Bei vorheriger Anmeldung auch außer der Zeit.
Behandlung schonend und gewissenhaft.
Reparaturen sowie auswärtige Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage erledigt.